

1. Ihre Partei *

ÖDP

2. Wer hat den Fragebogen ausgefüllt (Name, Amt/Position) *

Andreas Rößler, Landesschriftführer, Sprecher der Landesprogrammkommission

Allgemeines Verständnis und Parteiprogramm

Wir wollen von Ihnen wissen, welchen Stellenwert Gleichstellung und Frauenrechte bei Ihnen haben, und welche Vorhaben Sie grundsätzlich gegen Misogynie und Diskriminierung haben.

3. Wie definiert Ihre Partei „Gleichstellung der Geschlechter“ und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in der Landespolitik, um diese Gleichstellung nicht nur rechtlich, sondern auch de facto (z. B. im Alltag, in Politik, Verwaltung, Bildung, Arbeit) zu erreichen?

Nach wie vor gibt es Defizite, was gleichen Lohn für gleiche Arbeit, angemessene Bezahlung für besonders von Frauen ausgeführte Tätigkeiten und eine ausgewogene Aufteilung von Verantwortlichkeiten zwischen Männern und Frauen in Politik und Gesellschaft, in Wirtschaft und Familien betrifft. Diese zu beseitigen erfordert erhebliche Anstrengungen und das nötige Augenmaß um ideologisch beeinflusste Fehlentwicklungen zu vermeiden. Sowohl ein Arbeitsleben mit überwiegender/teilweiser Erwerbsarbeit als auch ein Arbeitsleben mit überwiegender familiärer Sorgearbeit muss wirtschaftliche Unabhängigkeit über den ganzen Lebenslauf hinweg (Einkommen und Rente) ermöglichen. Ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt muss Menschen, die familiäre Sorgearbeit leisten, diese Wahlfreiheit und Unabhängigkeit sichern. In der Familie geleistete familiäre Sorgearbeit ist ins Bruttoinlandsprodukt aufzunehmen. Hierzu könnte das Land selbst fördern oder eine Bundesratsinitiative starten. Einerseits haben die rechtliche Gleichstellung und die Teilhabe an Erwerbsleben, in Politik und Wirtschaft für Frauen in unserem Lande zu einer größeren Freiheit und Selbstbestimmung geführt. Andererseits wurde die überwiegend von Frauen geleistete familiäre Sorgearbeit durch die Sozialgesetzgebung massiv abgewertet und damit die Wahlfreiheit eingeschränkt. Wir setzen uns für echte Wahlfreiheit ein, weil Staat und Gesellschaft nicht das Recht haben, Lebensentwürfe vorzuschreiben oder zu bewerten. Maßnahmen und politische Vorgaben der Gleichstellungspolitik müssen die Lebens-situationen, Begabungen und Interessen aller Frauen und Männer und nicht nur die Interessen bestimmter Personen- bzw. Lobbygruppen im Blick haben.

4. Frauen stellen 50% der Bevölkerung und sind dennoch nicht entsprechend in Kommunalpolitik oder im Landtag vertreten. Ein echtes Paritätsgesetz könnte dieses Problem lösen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in politischen Gremien, Landesbehörden und Kummunalpolitik angemessen vertreten sind und auch selbst aktiv werden?

Das Paritätsgesetz, z.B. bei Kommunalwahlen, hatte vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz keinen Bestand. Wir sehen dies für die Mitglieder in den Parteien und Wählergruppen als einen Eingriff in die Wahlfreiheit bei der Aufstellung von Kandidierenden. Von daher lehnt die ÖDP ein solches Gesetz ab. Wir brauchen aber zwei politische Ansätze dazu: 1. in unserer Partei stehen aktiven Frauen alle politischen Ämter offen – Gleichberechtigung ist bei uns selbstverständlich, auch ohne Quote. Dementsprechend haben wir in Rheinland-Pfalz derzeit eine aus einer Frau und einem Mann besetzte Doppelspitze. 2. Wir brauchen mehr öffentliche Fortbildungsangebote für die Beteiligung von Frauen in der Politik. Dazu sind alle Parteien aufgerufen, ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen.

5. Wie werden Sie Mädchen- und Frauenorganisationen in RLP ideell, aber auch finanziell berücksichtigen und aktiv in frauenpolitische Themen und Fragen mit einbeziehen?

Die ÖDP wird grundsätzlich zu politischen Sachfragen die jeweiligen Interessengruppen aktiv in die Entscheidungsfindung mit einbinden und anhören. Zusätzlich gehe ich davon aus, dass auch in den Landtagsausschüssen diese Gruppe mit fachlichen Stellungnahmen zu Wort kommen können, insbesondere dann, wenn umfassende neue gesetzliche Regelungen diskutiert werden. Finanzielle Unterstützung ja, da wir aber den Landeshaushalt derzeit im Detail nicht kennen, können wir dazu keine detaillierte Aussage machen.

6. Für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, ist in Rheinland-Pfalz auch kommunale Pflichtaufgabe. Danach muss es in allen zwölf kreisfreien Städten und den 24 Landkreisen hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros geben. Alle anderen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, die Gleichstellung zu fördern und wenigstens ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte benennen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gleichstellungsstellen und Frauenbüros zur hauptamtlichen Pflicht für alle Städte und Kommunen werden?

Die ÖDP wird sich dafür einsetzen, da die Gleichstellung ein wichtiges politisches Ziel bleibt. Dazu gehört auch, dass die Frauenbüros mit ausreichend qualifizierten Mitarbeiterinnen besetzt sind, d.h. dass offenen Stellen auch schnellstmöglich wieder besetzt werden. Ob und in welchem Umfang dies auch bei den kleineren Städten sowie bei den Verbandsgemeinden oder auch bei kleineren selbständigen Gemeinden durch eine hauptamtliche Besetzung erfolgen muss und erfolgen kann, unterliegt aufgrund der Haushaltssituation vieler Kommunen und der hierfür benötigten fachlich qualifizierten Kräfte vermutlich Einschränkungen und ist sorgfältig abzuwägen.

Arbeits- und Berufsleben

Fehlende Gleichstellung macht sich besonders in der unfairen Aufteilung von Care Arbeit oder Gender Pay Gap bemerkbar. Frauen arbeiten zudem häufiger im Niedriglohnsektor und in Teilzeit/Minijobs, da sie zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten und sind somit auch armutsgefährdeter.

7. Wie will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz verbessern?

Wir verweisen hierzu auch auf unsere Antwort zu Frage 3. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich über den Bundesrat für ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt einzusetzen. Wir setzen uns für echte Wahlfreiheit ein, weil Staat und Gesellschaft nicht das Recht haben, Lebensentwürfe vorzuschreiben oder zu bewerten.

Bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren außerhalb der Familien in Kindertagesstätten und ähnlichen Einrichtungen ist sicherzustellen, dass eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern zur Verfügung steht und bei der Personalbemessung Krankheit und Urlaub berücksichtigt werden. Gut ausgestattete und qualitativ hochwertige Kitas erleichtern es Müttern, ihre Kinder in Kitas zu geben und – in Verbindung mit unserem Erziehungsgehalt - entsprechend ihrem Lebensentwurf oder auch nach ihren finanziellen Erfordernissen einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

8. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei gegen den Gender Pay Gap, bzw. für faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz?

Wir halten eine faire und gerechte Entlohnung am Arbeitsplatz für eine Selbstverständlichkeit. Rein formal ist dies auch bereits geregelt, bei gleicher Qualifikation und gleichen Tätigkeitsmerkmalen darf die Bezahlung nicht unterschiedlich sein. Leider ist dies in der Praxis aus verschiedensten Gründen jedoch häufig immer noch der Fall. Die Ursachen hierfür müssen im Detail untersucht werden, letztlich muss auch durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beratungsangebote darauf hingewirkt werden, gesellschaftlich ein Umdenken in dieser Frage zu erwirken.

9. Plant Ihre Partei Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Wirtschaft und Wissenschaft?

Uns ist als ÖDP bewusst, dass im Hinblick auf den zahlenmäßigen Anteil von Frauen in Führungspositionen noch nicht alle Ziele erreicht sind. Gleichwohl wurde hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel erreicht und es gibt eine Vielzahl von Beispielen weiblicher Führungspersonen z.B. in der Politik, auch in der kommunalen Politik und in der kommunalen Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Um die Situation weiter zu verbessern benötigt es u.a. mehr entsprechender Fortbildungsangebote um hierfür das Bewusstsein zu fördern und die Sensibilität zu erhöhen. Letztlich muss es darum gehen, dadurch auch mehr Frauen zu motivieren, diese Schritte zu gehen.

Bildung, Erziehung und Genderbewusstsein

Schule ist bekanntlich Ländersache. Dennoch gibt es keine einheitlichen Vorgaben bezüglich sexueller Bildung, Diversitäts- Sozial und Genderkompetenz, um auch früh bereits Stereotypen entgegen zu wirken.

10. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um in KiTa, Schule und Ausbildung Kompetenzen zum Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Konfliktlösung, Gendergerechtigkeit und Gewaltprävention zu fördern?

Die Themen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sollten insbesondere im Unterricht an den weiterführenden Schulen wie auch im Rahmen der beruflichen Bildung vermittelt werden. Die Notwendigkeit, diese Themen bereits in den Grundschulen, dort insbesondere in den ersten Klassen, oder etwa in Kitas regelmäßig zu behandeln, sehen wir, außer etwa in begründeten Einzelfällen, eher nicht. Die ÖDP sieht Familien als die Keimzellen unserer Gesellschaft an und betont daher besonders die Rolle der Familie. Dennoch beschränkt sich Familie aus ÖDP-Sicht nicht auf das traditionelle Familienbild, sondern schließt andere Formen des Zusammenlebens ein.

11. Wie will Ihre Partei Diskriminierung bzw. Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung abbauen?

Hier hat sich in der jüngeren Vergangenheit schon einiges bewegt. Wir sehen aber weiterhin die Notwendigkeit, in den Schulen und in den beruflichen Ausbildungsgängen in geeigneter Form aufzuklären und Diskriminierungstendenzen entgegen zu wirken.

Gesundheit & Soziales

Frauen leider unter dem mangelnden Zugang, mangelnder körperlicher Autonomie und existierendem Gender Health Gap in Forschung und Versorgung. Zusätzlich sind Frauen besonders armutsgefährdet.

12. Inwiefern berücksichtigt Ihre Partei geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse im Land? Gibt es konkrete Pläne, z. B. für frauenspezifische Prävention, psychische Gesundheit, Schwangerschaft, Familienplanung etc.?

Wir halten den Ansatz einer stärker geschlechtsspezifisch ausgerichteten Medizin in Forschung, Diagnose und Therapie für vielversprechend und wichtig. Sie zielt auf eine passgenauere, an den häufig im Detail unterschiedlichen Bedürfnissen von Männern und Frauen z.B. bei den Symptomen oder der Wirkung von Medikamenten ab. So ist z.B. insbesondere mit Blick auf Frauen eine ergänzende Forschung notwendig, um die frauenspezifischen Besonderheiten bei der Therapie von Krankheiten zu untersuchen.

13. Das Land fördert in Rheinland-Pfalz Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Trotz Geburtenrückgang wird mit einer weiteren Verschärfung des Hebammenmangels gerechnet, da die neue Abrechnungsverordnung (Hebammenhilfegesetz) für viele Hebammen den Beruf nicht mehr ausübungswert ist. Werden Sie die Förderung der Hebammenzentralen und der hebammengeleiteten Kreißsäle durch das Land fortsetzen oder ausbauen?

Ja, wir sehen als ÖDP Hebammen als zentralen Baustein der medizinischen Versorgung, vor allem aber nicht nur im zeitlichen Kontext von Schwangerschaften, bei der Geburtsvorbereitung, der Prävention und der Nachsorge im Anschluss an die Geburt. Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle sind hier ein begrüßenswertes Element, das unbedingt weiter zu fördern ist. Die Schließung von immer mehr Kreißsälen bereitet der ÖDP große Sorgen, dem muss entgegengewirkt werden.

14. Wird sich Ihre Partei für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Regelgesundheitsversorgung einsetzen?

Wir fordern eine Politik, die es allen Eltern und insbesondere den Müttern, ermöglicht, ohne Angst vor gravierenden persönlichen Nachteilen ein Kind anzunehmen und zu erziehen. Das von der ÖDP geforderte Landesbetreuungsgeld und vor allem das Erziehungsgehalt sind dazu wesentliche Bausteine. Grundlage ist hierfür der Artikel 6 (4) unseres Grundgesetzes: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.“ Wir setzen uns insoweit für den wirksamen Schutz des ungeborenen wie des geborenen Kindes ein und für mehr Beratungsstellen für werdende Mütter.

15. Es ist Aufgabe der Länder, eine ausreichende, wohnortnahe Versorgung mit Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um die aktuell schlechte medizinische Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

Siehe Antwort zu Frage 14.

16. Was sind ihre konkreten Vorhaben, um Frauen in ländlichen Gegenden Zugang zu Hilfsangeboten, medizinischer Versorgung, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen?

Grundlage hierfür ist, dass derartige Einrichtungen in ländlichen Gegenden vorhanden sind. Das Fortschreiten der Schließung zahlreicher Kliniken in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren (z.B. Ingelheim, Oberwesel, Zell), aktuelle, von einer möglichen Schließung bedrohte Krankenhäuser und das Sterben der Hausarztpraxen sind Entwicklungen, gegen die sich die ÖDP seit Jahren wendet.

Wir fordern daher die Wiederansiedlung von Haus- und Facharztpraxen in ländlichen Regionen, die Sicherstellung der Erreichbarkeit von gesundheitlichen Einrichtungen (Ärzte, Hebammen, Apotheken, Reha-Einrichtungen) mit Hilfe des ÖPNV oder mit Taxen. Der Einsatz von Telemedizin kann ein ergänzender Ansatz sein, um Frauen und Männer in ländlichen Gebieten mit gesundheitsrelevanten Dienstleistungen zu unterstützen.

Die ÖDP tritt für die Sicherstellung der dezentralen, wohnortnahen Krankenhausversorgung ein.

Gesundheit ist keine Ware, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz muss wohnortnah sichergestellt werden. Das Land muss seinen Beitrag zur Sicherung einer breit aufgestellten medizinischen Infrastruktur in Rheinland-Pfalz leisten. Die Bundesländer sind gesetzlich verpflichtet, die Investitionen im Klinikbereich zu finanzieren. Dieser Aufgabe kommt Rheinland-Pfalz bisher nicht nach. Der Krankenhausbetrieb sollte wirtschaftlich, aber nicht profitorientiert sein.

17. Welche Pläne haben Sie, um eine flächendeckend barrierefreie gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen zu gewährleisten?

Grundsätzlich verweisen wir hier auf Frage 16. Konkrete Vorschläge bzw. Programmaussagen haben wir hier aber nicht.

Diskriminierung, Vielfalt & Intersektionalität

18. Erkennt Ihre Partei an, dass Geschlecht allein nicht reicht — also z. B. Einfluss von Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Alter etc.? Welche Maßnahmen plant sie, um Intersektionalität zu adressieren insbesondere in Bezug auf soziale Ungleichheiten, die Frauen oft stärker betreffen (z. B. Alleinerziehende, Altersarmut, Pflegearbeit, Abbau von Sprachbarrieren)?

Im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses vom Menschen halten wir es für selbstverständlich, im Hinblick auf Fragen der Diskriminierung die verschiedenen Merkmale, die eine Person ausmachen, anzuerkennen und beachten. Dazu gehört auch das Geschlecht, aber eben auch weitere Aspekte, wie Alter, Herkunft usw. Die Forschung in diesem Bereich sehen wir als sinnvoll an und sollte weiter erfolgen. Konkrete Maßnahmen in diesem Feld haben wir bislang nicht vorgesehen.

19. Was wollen Sie gezielt tun, um besonders queeren Frauen (trans*Frauen, Lesben) Schutz und Gleichstellung zukommen zu lassen?

Hierzu haben wir bislang noch keine konkreten Maßnahmen vorgesehen bzw. keine Aussagen im Wahlprogramm.

20. Diese Intersektionalität wird auch besonders in der Istanbul-Konvention betrachtet. Wie werden Sie sicherstellen, dass der Auftrag der Umsetzung der Istanbulkonvention sich ebenfalls in adressatengerechten Präventions- und Schutzkonzepten wiederfindet?

Die ÖDP hat z.B. im Mainzer Stadtrat den Beschluss zur Istanbulkonvention mit unterstützt. Daher müssen z.B. in der Verwaltung Frauenbüro und Antidiskriminierungsstellen ausreichend mit Personal ausgestattet sein.

21. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen zu stärken (z. B. durch konkretere gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauenbeauftragte in besonderen Wohnformen?)

Hierzu haben wir keinen konkreten Programmaussagen, können uns jedoch gezielte Maßnahmen durchaus vorstellen.

Gewaltschutz

22. Wie stellen Sie und Ihre Partei sich den Bestand und Ausbau der Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung vor? Inwiefern werden dabei berücksichtigt: ländlicher Raum, Abbau von Barrieren, TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus?

Grundsätzlich soll der Bestand der Fach- und Beratungsstellen erhalten bleiben und da, wo erforderlich, ausgebaut werden. Im Weiteren haben wir noch keine detaillierten Aussagen im Wahlprogramm.

23. Wie stehen Sie zu einer Gesetzesänderung bei Vergewaltigungen von „Nein heißt Nein“ zu „Nur ja! Heißt Ja!“? Wie stehen Sie zu dem Leitfaden Sorge- und Umgangsrecht

Die neuen gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden von der ÖDP unterstützt. Mit dem von Ihnen angesprochenen Leitfaden müssen wir uns noch beschäftigen.

24. Insbesondere sexualisierte Gewalt hat häufig weitreichende und oft finanzielle Folgen für Betroffene. Die Taten werden meist nicht verurteilt, wodurch beispielsweise das SER nur schwer anwendbar ist. Der Fonds sexueller Missbrauch wurde zusätzlich eingestellt. Welche niedrighschwellige finanzielle Unterstützung planen Sie für Betroffene von sexualisierter Gewalt (bzw. juristische Kosten, Therapiekosten, Umzüge etc.)?

Hierzu haben wir bislang noch keine konkreten Aussagen im Wahlprogramm. Wir sind aber der Auffassung das hier entsprechende finanzielle Hilfen für Betroffene zur Verfügung gestellt werden sollten.